viele Fragen geklärt. Dort wurde über die Leistungen der Sozialversicherung in unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht gesprochen und der große Gegensatz, der darin zu Westdeutschland besteht, dargelegt. Diese Parteiorganisationen kamen dadurch mit Teilen der Bevölkerung ins Gespräch, die sonst wenig Anteil an Veranstaltungen und Versammlungen nehmen. Sie konnten so mit ihnen auch über Fragen der Festigung der DDR, des Kampfes um kollektive europäische Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands, des Kampfes gegen den Militarismus und die Pariser Verträge und über manche anderen prinzipiellen Fragen sprechen.

In anderen Parteiorganisationen der Wohngebiete gibt es Erfolge in der Verbesserung der Arbeit der Massenorganisationen oder der Nationalen Front, bei der Festigung des Bündnisses von Stadt und Land, bei der Unterstützung des neuen Lebens auf dem Dorf, oder in der Stärkung und Festigung der Reihen der Partei.

Dennoch entspricht die Aktivität der Wohnparteiorganisationen nicht überall den gegenwärtigen Anforderungen, und nicht alle Kräfte werden in vollem Maße genutzt.

Das Sekretariat des ZK faßte am 12. Oktober 1955 einen Beschluß zur Verbesserung der Parteiarbeit in den Wohngebieten, um zu helfen, die vorhandenen Mängel in der Arbeit der territorialen Parteiorganisationen zu überwinden und sie klarer auf ihre speziellen Aufgaben zu orientieren.

In diesem Beschluß steht als wichtigste Aufgabe die breite Aufklärungstätigkeit zur Erläuterung der Politik von Partei und Regierung. Jetzt sollen die Parteiorganisationen vor allem gewährleisten, daß die wichtigen Fragen des 25. Plenums des ZK den Einwohnern in öffentlichen Versammlungen, durch die Ausschüsse der Nationalen Front, durch die Haus- und Hofgemeinschaften und durch die ständige Aussprache der Parteimitglieder mit der Bevölkerung erklärt werden.*

Es ist ein Mangel, daß die Parteileitungen der Wohngebiete die Tätigkeit ihrer Parteimitglieder und Kandidaten in den Massenorganisationen gegenwärtig nur ungenügend kontrollieren und in den Mitgliederversammlungen darüber zu wenig beraten.^ Dadurch wird der Einfluß der Wohnparteiorganisationen dort nicht genügend gesichert. Nur selten erhalten Genossen Parteiaufträge, in welchen Fragen und mit welchen Vorschlägen sie in den Massenorganisationen auftreten sollen, um so die Politik der Partei durchzusetzen. Auf diese Weise werden die Parteimitglieder und Kandidaten nur ungenügend dazu erzogen, in ihrem Bereich die Parteipolitik zu erläutern, für ihre Verwirklichung einzutreten und einen ständigen Kampf gegen rückständige und feindliche Auffassungen zu führen. Diese Parteimitglieder haben, auf sich allein gestellt, oft nicht die Gewißheit darüber, ob sie auf richtige Weise arbeiten, und lassen deshalb nicht selten in ihrer Aktivität nach.

Die Mehrzahl der Wohnparteiorganisationen kümmert sich beispielsweise wenig um die Arbeit der Genossinnen im DFD. Das führt mit dazu, daß es unter den nichtberufstätigen Frauen viele unklare Auffassungen über die Zusammenhänge in der politischen und ökonomischen Entwicklung der DDR gibt.

In der Wohnparteiorganisation V in Werder hatte die Genossin Gruber mit viel Schwung eine DFD-Gruppe ins Leben gerufen. Die Parteiorganisation unterstützte sie jedoch zuwenig, so daß sie sich auf Grund von persönlichen Verärgerungen wieder entmutigen ließ.